

Antrag an den Landesparteitag 26.09. – 27.09.2020

Antragsteller\*innen: LAG Gesundheit und Soziales, Inge Höger, Otto Ersching, Sefika Minte, Jürgen Aust

## **Linkes Programm gegen Erwerbslosigkeit**

### Der Landesparteitag der LINKEN in NRW fordert ein Programm gegen Erwerbslosigkeit:

1. Bund, Länder und Kommunen müssen gerade in der Krise ihrer sozialen Verantwortung nachkommen und Arbeitsplätze schaffen. Gerade die kaputtgesparten Kommunen haben in der Vergangenheit Arbeitsplatzabbau betreiben müssen. Dadurch fehlt es nun in der Krise an Beschäftigten in den Gesundheitsämtern, der Sozialberatung, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Schulen und Kindertagesstätten, in der öffentlichen Daseinsvorsorge an allen Ecken und Kanten. Es wird Zeit, diesen Mangel durch die Einstellung von Menschen in den öffentlichen Dienst zu beheben. Dazu ist eine umfassende und ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen aus Bund und Land notwendig.
2. Im öffentlichen Dienst und öffentlichen Betrieben wurde in den letzten Jahrzehnten bereits ein massiver Arbeitsplatzabbau betrieben bzw. nach dem Motto „Privat vor Staat“ wurden öffentliche Betriebe privatisiert. Daher sind Betriebe, die gemeinwohlorientierte Güter herstellen oder gemeinwohlorientierte Dienstleistungen anbieten, wieder in öffentliche Hand zu überführen und mit ausreichend Personal auszustatten.
3. Schlüsselindustrien sind zu vergesellschaften, diese Forderung steht auch in der Satzung des IG-Metall. Nur so ist der dringend notwendige sozial-ökologische Umbau der Industrieproduktion auf ökologisch sinnvolle Produkte wie den Bau von Bussen und Bahnen oder auch von Windrädern unter Mitbestimmung der Beschäftigten zu gestalten.
4. Die Pharmaindustrie ist zu vergesellschaften, damit nicht nur an Medikamenten und Produkten geforscht und investiert wird, für die es einen lukrativen Markt gibt. Wir brauchen Forschung und Entwicklung von vielfältigen Medikamenten und Impfstoffen sowie neuer Antibiotika gegen multiresistente Keime ohne Profitdiktat. Das ist Teil der Daseinsvorsorge und schafft Arbeitsplätze.
5. Betriebe die nutzlose und tödliche Güter (z.B. Rüstungsindustrie) herstellen, sind auf die Produktion notwendiger Güter und Produkte umzustellen – von Schutzausrüstung über Beatmungsgeräte bis hin zu Windrädern und Solarzellen.
6. Die Entwicklung der Produktivkräfte in den letzten Jahrzehnten und die Umstellung der Produktion auf ökologisch sinnvolle Produkte benötigen weniger Arbeitskraft und Arbeitszeit. Um die vorhandene und die gesellschaftliche notwendige Arbeit auf alle zu verteilen, ist eine Reduzierung der Arbeitszeit auf 28 bis 30 Stunden in der Woche bei vollem Lohnausgleich notwendig. Auch die IG-Metall fordert aufgrund des Rückgangs der Industrieproduktion und der Zunahme von Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit in der Krise die Vier-Tage-Woche.
7. Ein umfangreiches Bildungsprogramm muss aufgelegt werden, damit Beschäftigte auch in anderen Berufen und Berufsfeldern eine Beschäftigung finden – „Waffenschmied zum Pfleger“.

8. Letztendlich sind die kapitalistische Produktionsweise und die Überproduktion zu überwinden. Es dürfen nur noch Güter dem Bedarf entsprechend produziert werden. Mit der Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise sind auch die Risikofaktoren für eine Krise beseitigt.
9. Krisen sind immer die Krisen des Kapitals, nicht der Arbeiterklasse. Deshalb: „Wir bezahlen nicht für Eure Krise!“

### Begründung:

### Die Krise

Nach Bekanntwerden der ersten Fälle von Infektionen und Erkrankungen mit dem Corona-Virus Covid-19 wurden im März 2020 von der Bundes- und den Landesregierungen Sondergesetze und Sondervollmachten zur Bekämpfung von Epidemien erlassen. Nachdem zunächst China und dann andere Länder vorangegangen waren, wurde auch in Deutschland ein sog. Lockdown erlassen, der von Anfang an einen Klassencharakter hatte und das öffentliche Leben unterband, während die Industrieproduktion weiter laufen durfte. Aufgrund einer bereits bestehenden Absatzkrise der Automobilindustrie und dem Zusammenbruch von Lieferketten und Absatzmärkten brach auch die Industrieproduktion zusammen.

Die Wirtschaft erlebt seitdem einen Zusammenbruch, wie noch nie nach dem 2. Weltkrieg. Mehr als 50% der Erwerbstätigen werden in massive Kurzarbeit (bis 100%) geschickt, die Erwerbslosigkeit steigt rasant an, ein Ende ist nicht in Sicht. Zuerst sind Leiharbeiter\*innen und Menschen betroffen, die noch nicht lange in einem Betrieb beschäftigt gewesen sind. In vielen Fällen sind diese Menschen direkt in das Hartz-IV-Regime gefallen oder aber müssen ihr karges Arbeitslosengeld aufstocken. Dazu kommen die vielen Soloselbständigen im Messe- und Veranstaltungsgeschäft und die Kulturschaffenden.

Wie immer in Krisen fordern die Konzerne umfangreiche Rettungsprogramme für die Kapitaleseite. Allerdings wollen sie keine Übernahme von Anteilen oder Beteiligungen durch die öffentliche Hand. Sie wollen nicht, dass sich der Staat in die inneren Angelegenheiten der Konzerne einmischt. Die Schuldenbremse ist ausgesetzt.

Die Regierung beschließt umfangreiche Hilfsprogramme für die Wirtschaft. Konzerne bekommen milliardenschwere Hilfen und Bürgschaften. Kurzarbeitergeld wird aus den Sozialkassen finanziert und Sozialversicherungsbeiträge der Betriebe aus Steuermitteln ersetzt. Dabei haben die Konzerne nichts Besseres zu tun, als ihre Aktionäre mit Dividenden zu befriedigen.

Auf der anderen Seite werden für Kleinbetriebe und Soloselbständige nur unzureichende Mittel zur Verfügung gestellt, die außerdem nicht zur Einkommenssicherung genutzt werden dürfen. Das Kurzarbeitergeld wurde unter bestimmten Voraussetzungen angehoben – von normal 60% (67%) auf 70% (77%) nach drei Monaten und 80% (87%) nach weiteren drei Monaten Kurzarbeit, wenn die Kurzarbeit mehr als 50% beträgt, begrenzt bis Ende 2020.

Erwerbslose Menschen und Menschen, die im Hartz-IV-Regime gefangen sind, sowie Menschen in Grundsicherung bekommen nichts. Sie müssen mit den unzureichenden Mitteln die Krise meistern.

Dank der unsozialen Agenda-Politik von Rot-Grün unter Schröder und Fischer sind arbeitende Menschen, die z.B. im Niedriglohnsektor beschäftigt sind, besonders betroffen. Deren Einkommen reichte vor der Krise schon vorne und hinten nicht, jetzt sind wahre Existenzängste da.

### Schuld an der Krise ist der Kapitalismus

In der kapitalistischen Produktionsweise, die von Überproduktion und der ständigen Eroberung neuer Märkte gekennzeichnet ist, sind Krisen nichts Ungewöhnliches und treten zyklisch auf. Dabei verstärken sich die Krisen bis hin zu einer Dauerkrise.

Deshalb ist die jetzige Wirtschaftskrise keine Überraschung. Bereits im letzten Jahr zeichnete sie sich ab. Die Automobilindustrie hatte schon seit einiger Zeit massive Probleme, ihre Fahrzeuge abzusetzen. Das schlug sich durch über die Zulieferer bis hin zu kleinen Handwerksbetrieben, die für die Zulieferer wichtige Produktionsmittel herstellen. Der Virus war nicht Verursacher der Krise, er hat sie nur beschleunigt.

Der Verbrennungsmotor und der Individualverkehr haben ausgedient. Diese Tatsache ist aber in den Köpfen der Auto-Konzerne noch nicht angekommen. Statt weiterhin auf veraltete Technologien zu verharren, wären Investitionen in zukunftsweisende und ökologische Mobilitätskonzepte angebracht.